

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 21. November 2018

Volkswirtschaftsdirektion

**27 2018.RRGR.223 Motion 079-2018 Leiser (Worb, EVP)
Kantonale Beschaffungsplattform für Feuerwehren
Richtlinienmotion**

Präsident. Somit kommen wir zum Traktandum 27, «Kantonale Beschaffungsplattform für Feuerwehren». Das ist eine Richtlinienmotion. Wir führen eine reduzierte Debatte. Ich gebe das Wort dem Sprecher für die Motion, Grossrat Aeschlimann.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Der Vorstoss verlangt, in Zusammenarbeit mit der Gebäudeversicherung Bern (GVB) eine kantonale Plattform für die Materialbeschaffung für die Feuerwehren aufzubauen. Es handelt sich um eine Richtlinienmotion, wir haben es gehört. Die Regierung hat also einen grossen Umsetzungsspielraum. Darum können wir diesen Vorstoss problemlos auch als Motion überweisen. Ich habe diesen Vorstoss von Thomas Leiser aus unserer Fraktion «geerbt». Die Motion gründet auf seinen Erfahrungen, die er als Gemeinderat von Worb gemacht hat. Ich lege gleich vorweg offen, dass ich selbst noch nie in einer Feuerwehr gedient habe. Als Gemeinderat von Burgdorf habe ich aber auch die Erfahrung gemacht, dass eine Kommune mit der Ausschreibung und der Evaluation solcher Anschaffungen schnell einmal überfordert ist. Ich habe eine solche Übung mit den Verantwortlichen der zuständigen Direktion durchgespielt, inklusive Beschwerde der unterlegenen Mitbewerberin.

Wenn die Ausschreibungen fachlich und beschaffungsrechtlich einwandfrei durchgeführt werden sollen, wird es für die Gemeinde schnell einmal teuer. Zudem hat sie gegenüber dem meist kleinen Kreis von Anbietern wenig Gewicht; sie profitiert also nicht von Konditionen, die dann für grössere Beschaffungen gewährt werden, und es besteht die Gefahr, dass individuelle Wünsche und Features der Verantwortlichen der Feuerwehren die Produkte dann noch verteuern können, auch wenn das Feuer in den meisten Gemeinden des Kantons sehr ähnlich brennt.

Der Vorstoss stellt also die Frage in den Raum, wie sinnvoll es eigentlich ist, dass jede Gemeinde sich das Know-how für solche Beschaffungen selber aufbaut oder teuer bei Spezialisten einkaufen muss. Diese Frage stellt sich übrigens nicht nur bei der Beschaffung von Feuerwehr-Equipment. Der Vorstoss hat das Potenzial, Synergien zu nutzen und damit auch öffentliche Gelder haushälterischer einsetzen zu können. Ich gehe davon aus, dass die in der Antwort erwähnte beschaffungsrechtliche Frage, wonach der Kanton dann für die Gemeinden einkaufen würde – ob das möglich und zulässig ist –, im Rahmen der Umsetzung sicher gelöst werden könnte.

Ich bin gespannt auf Ihre Einschätzungen und die Diskussion.

Präsident. Es gibt keine Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. – Doch. Ich gebe das Wort Grossrat Zimmermann für die SVP-Fraktion.

Kurt Zimmermann, Frutigen (SVP). Die SVP-Fraktion anerkennt das gute Verhältnis zwischen der GVB, den Gemeinden und der Feuerwehr. Wir schätzen auch die geltende Praxis im Kanton Bern, wonach die Gemeinden Trägerinnen der Feuerwehr mit zweckgebundenen Betriebsbeiträgen sind. Die Gemeinden haben bei einer GVB-Umfrage klar zum Ausdruck gebracht, dass die Entscheidungskompetenz für derartige Beschaffungen auch in Zukunft bei ihnen bleiben sollte.

Wir lehnen die Schaffung einer zentralen Beschaffungsstelle ab. Die Argumente der Gemeinden überzeugen uns. Wir halten die Gemeindeautonomie hoch. Darum lehnen wir die Motion ab, und ein Postulat lehnen wir grossmehrheitlich auch ab.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrätin Rüfenacht.

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP). Die SP-Fraktion ist gleicher Meinung wie der Motionär. Wir denken, dass es nur Vorteile bringt, wenn man das Beschaffungswesen für komplexe technische und teure Einheiten zentral bearbeitet. Die Kompetenz in der Sache muss nicht jedes Mal neu aufgebaut werden. Der Anspruch an die Qualität bleibt immer gleich, und die Verhandlungsposition ist auch stärker, wenn man Beschaffungen zentralisiert. Qualität und die technischen Fachkenntnisse sind sicher am wichtigsten. Wir sehen aber eben schon auch noch die Möglichkeit für effizientere und günstigere Einkäufe. Die SP-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss genauso auch als Motion. Auch dort hat ja der Regierungsrat noch sehr viel Handlungsspielraum.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Wie in der Antwort des Regierungsrates zu lesen ist, können die Berner Feuerwehren auch das Angebot der Gebäudeversicherung Zürich (GVZ) in Anspruch nehmen und Feuerwehrmaterial zu günstigen Konditionen einkaufen. Aber was mich ein wenig aufhorchen liess, war folgender Satz in der Begründung: «Durch die Umsetzung dieses Vorstosses kann ein vernünftiger Umgang mit den Steuergeldern und den Beiträgen der GVB erreicht werden.» Ich habe mich nachher gefragt, ob das nicht die Bedingung ist, wenn man Steuergelder und Versicherungsgelder ausgibt.

Da heute die Strasseninfrastruktur eine ganz andere ist als zum Beispiel vor dreissig Jahren, muss auch die Feuerwehrinfrastruktur der einzelnen Gemeinden überdacht werden. Es macht keinen Sinn mehr, wenn jedes Dorf eine eigene Feuerwehr hat; und mit einer Feuerwehrfusion kann massiv mehr Geld gespart werden als mit einer solchen Plattform. Zudem gibt es seit Neuestem eine Internetplattform, über welche nicht mehr gebrauchtes Feuerwehrmaterial angeboten wird und auch zu sehr günstigen Konditionen bezogen werden kann. Darum lehnt die grüne Fraktion die Motion ab, unterstützt aber ein Postulat. Danke für die Aufmerksamkeit.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Der Regierungsrat anerkennt, die Gemeinden bei der Materialbeschaffung von der Feuerwehr zu unterstützen. Die abschliessende Entscheidungskompetenz sollte aber weiterhin bei den Gemeinden bleiben. So bleibt auch die Identifikation zur eigenen Feuerwehr bestehen. Im Nachgang zur Überprüfung des Beschaffungswesens wurden ja bereits Punkte definiert, wie Gemeinden zusätzlichen Support in Anspruch nehmen können. Eine zentrale kantonale Beschaffungsplattform ist auch sehr aufwendig. Die Erfahrungen aus Zürich zeigen: vier bis fünf Vollzeitstellen. Die BDP lehnt diese Motion daher einstimmig ab, und mehrheitlich wird auch ein Postulat abgelehnt.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Die Feuerwehr ist ja für jede Gemeinde eine heilige Kuh und Hineinreden ist meistens überhaupt nicht erwünscht. Ich staune auch in meiner Gemeinde, was eigentlich das ganze Equipment immer wieder kostet, und vor allem bei den grossen Geräten wird einem fast schwindlig. Mir ist aber auch bewusst, dass es der Stolz jeder Wehr ist, wenn man so grosse Geräte anschaffen kann, und dass eine solche Autodrehleiter heute plus/minus 1 Mio. Franken kostet. Das stimmt einen schon etwas eigenartig. Doch ist die Frage auch berechtigt: Gibt es nicht eine Möglichkeit, wenn man diese Geräte zusammen beschafft, dass sie günstiger werden? – Wir sehen aber auch die vom Regierungsrat aufgeführten Aspekte, wonach berücksichtigt und abgeklärt werden müsste, ob es denn bei einem Beschaffungssystem rechtlich überhaupt zulässig wäre, wenn die Gemeinde bestellen und die Kantonsseite beschaffen würde.

Wir unterstützen es aber abschliessend – wie der Regierungsrat –, die Motion als Postulat anzunehmen und zu prüfen, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, die Gemeinden bei der Materialbeschaffung für die Feuerwehr verstärkt zu unterstützen beziehungsweise auch zu entlasten. Für uns macht aber die ganze Übung nur dann Sinn, wenn die Kosten im Totalen gesenkt werden können. Eine Motion lehnen wir ab.

Präsident. Könnte irgendjemand von der EVP Herrn Aeschlimann noch einloggen? Ich sehe ihn nicht auf der Rednerliste. – Für die EVP-Fraktion Grossrat Aeschlimann.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Ich bin nicht ganz überrascht über die Diskussion. Wir wandeln – wenn ich hier richtig zusammengezählt habe –, sicher in ein Postulat. Lassen wir jeder Feuerwehr ihr Gärtchen! Wir hoffen aber, dass die Regierung trotzdem etwas mit diesem Vorstoss macht.

Präsident. Wünscht der Regierungsrat das Wort? – Das ist der Fall. Herr Volkswirtschaftsdirektor, Sie haben das Wort.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Grundsätzlich – das wurde mehrfach gesagt – sind im Kanton Bern die Gemeinden für die Beschaffung, für die Finanzierung der Infrastruktur, der Gerätschaften der Feuerwehren zuständig, und die GVB richtet ihnen dazu zweckgebundene Betriebsbeiträge aus. Das ist ein System, das sich in den letzten Jahren bewährt hat, das etabliert ist, das die Gemeinden – auch das wurde gesagt – im letzten Jahr bestätigt und in diesem Zusammenhang auch klar zum Ausdruck gebracht haben, dass die Entscheidungskompetenz bei solchen Beschaffungen auch künftig auf Gemeindeebene liegen soll. Sie haben damals die Schaffung einer zentralen Beratungsstelle abgelehnt.

Jetzt gibt es andere Kantone, die stärkere Steuerungsmöglichkeiten haben, die Plattformen aufgebaut haben, welche die GVB zum Teil auch unterstützt. Die GVB unterstützt die Feuerwehr im Bereich des Beschaffungswesens schon heute, indem seit Februar dieses Jahrs in der Materialzentrale der GVZ Feuerwehrmaterial zu günstigen Konditionen eingekauft werden kann. Weiter bietet die GVB Beratungen bei der Beschaffung von Fahrzeugen, von Gerätschaften an, und für die Gemeinden steht auch ein elektronisches Handbuch zur Verfügung. Die GVB fördert auch regionale Beschaffungen von teuren Spezialgeräten. Das ist das, was man heute hat, was man heute macht. Und vor einem solchen Hintergrund ist die Einführung einer zentralen kantonalen Beschaffungsplattform aus Sicht der Regierung eher kritisch zu beurteilen.

Erlauben Sie mir eine Nebenbemerkung: Wir leben in einer Welt von Beschaffungsplattformen, die so schöne Namen haben wie «Amazon» und «Alibaba», und in einer solchen Welt gibt es immer noch jeden Kanton, der selber Lösungen sucht, der selber das Rad neu erfindet. Ich erlaube mir diesen Satz hier: Ich tue mich zunehmend schwer damit, dass jeder Kanton das Rad immer wieder neu erfindet, anstatt dass stärker nationale oder überkantonale Lösungen gesucht werden. Das könnte auch in diesem Fall eine Überlegung wert sein. Jedenfalls ist die Regierung trotz gewisser Vorbehalte bereit, dieses Thema genauer anzuschauen, eine Kosten-Nutzen-Verhältnis-Untersuchung darüber zu machen, was eine kantonale Plattform bringt und ob es eben allenfalls überkantonale solche Plattformen gibt. Deshalb kommt die Regierung zum Schluss, diesen Vorstoss in Form eines Postulats anzunehmen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesen Vorstoss als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme als Postulat

Ja	79
Nein	53
Enthalten	0

Präsident. Sie haben diesem Vorstoss als Postulat zugestimmt mit 79 Ja- gegen 53 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Ich danke dem Volkswirtschaftsdirektor für seine Anwesenheit. Ich wünsche ihm ebenfalls eine gute Adventszeit und alles Gute für das neue Jahr.

Wie der Vizepräsident mitgeteilt hat, fahren wir jetzt weiter mit der POM. Im Anschluss an die POM-Geschäfte folgen jene der ERZ, und mit diesen ziehen wir durch. Wenn wir vor 19 Uhr fertig werden, ist fertig, und sonst dauert die Sitzung bis 19 Uhr.